

## A1 Helfen heißt Verantwortung übernehmen

Gremium: BAG Wirtschaft und Finanzen  
Beschlussdatum: 03.07.2020  
Status: Modifiziert

### Antragstext

1 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zwingen den Staat zu wirtschaftlichen  
2 Stützungsmaßnahmen. Dieses Eingreifen ist richtig, darf aber nicht lediglich zur  
3 Herstellung des Status quo ante führen. Politisches Handeln ist nicht neutral  
4 und kann es auch in diesem Fall nicht sein – ein Staat, der sich den Pariser  
5 Klimazielen und den Sustainable Development Goals verpflichtet hat, darf diese  
6 bei Konjunkturmaßnahmen nicht konterkarieren. Mehr noch, er hat die Chance, sie  
7 aktiv zu fördern. „Do no harm“ reicht nicht aus, wenn Milliarden an  
8 Finanzmitteln freigesetzt werden, sie müssen die gesellschaftliche  
9 Transformation zu den selbst gesteckten Zielen aktiv fördern. Diesen  
10 Anforderungen wird das von der Bundesregierung im Juni 2020 geschnürte  
11 Konjunkturpaket nicht gerecht – Klimaschutz und konjunkturelle Impulsprogramme  
12 stärker zusammen denken ist das Gebot der Stunde! Wir als BAG Wirtschaft und  
13 Finanzen sind der Auffassung, dass sich staatliches Eingreifen zur  
14 konjunkturellen Stabilisierung an fünf zentralen Kriterien messen lassen muss,  
15 von denen einige in der öffentlichen Debatte bislang zu kurz kommen.

#### 16 1. Konjunkturlösungen transformativ gestalten

17 Es ist essenziell, dass Programme, die die Konjunktur in Deutschland und Europa  
18 zu stimulieren versuchen, tatsächlich transformativ wirken und insbesondere der  
19 Erreichung der Pariser Klimaziele und der Ziele der UN Agenda 2030 („Social  
20 Development Goals“) dienen. Sie müssen die besonders betroffenen unteren  
21 Einkommen zielgerichtet entlasten, sowie die europäische und globale Solidarität  
22 fördern.

23 Pauschale Konsumanreize erscheinen zum Beispiel nicht sinnvoll. Stattdessen gibt  
24 es zahlreiche sinnvolle Ideen, wie nachhaltige Investitionen in den Bereichen  
25 Energie, Industrie, Verkehr, Bauen und Landwirtschaft gefördert werden können,  
26 die Deutschland und Europa den Weg in eine zukunftsfähige Wirtschaft ebnen.  
27 Rückwärtsgewandte Wirtschaftsbereiche, etwa im Bereich fossiler Technologien,  
28 müssen dagegen konsequent ausgebremst werden. Es ist auf allen Ebenen Klarheit  
29 zur Richtung der wirtschaftlichen Transformation zu schaffen!

30 Der Green Deal der Europäischen Kommission ist ambitioniert und sollte von  
31 Grüner Politik unterstützt werden. Alle nationalen Konjunkturpakete sollen mit  
32 dem EU Green Deal in Einklang gebracht werden. Wo möglich sollte auch der €750  
33 Mrd. Next Generation EU-Plan der Kommission für die Umsetzung des Green Deal  
34 nutzbar gemacht werden.

35 Durch die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen könnten öffentliche  
36 Haushalte jährlich geschätzt über €50 Mrd. einsparen. Hunderte Milliarden  
37 entgehen Deutschland und Europa jedes Jahr durch die Toleranz von Steueroasen

38 und – Schlupflöchern. Diese Mittel können, ganz ohne neue Schuldenaufnahme, die  
39 Investitionen zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation finanzieren.

## 40 2. Eine gerechtere Verteilung der 41 Einkommensstützen

42 Die Bundesregierung hat zahlreiche Erleichterungen für Kurzarbeit beschlossen.  
43 Diese Leistungen werden jedoch nicht vom Bundeshaushalt finanziert, sondern von  
44 jenen, die Beiträge bezahlen. Zwar hat die Bundesagentur für Arbeit erhebliche  
45 Rücklagen, aber untere Einkommen tragen hier viel mehr bei als zu  
46 Steuereinnahmen: Nicht nur zahlen auch niedrige Einkommen den festen  
47 Beitragssatz ab dem ersten Euro, sondern die Beitragsbemessungsgrenze sorgt  
48 dafür, dass höhere Einkommen prozentual sogar weniger zahlen als niedrige  
49 Einkommen. Untere Einkommen müssen gezielt entlastet werden.

50 Die Corona-Krise hat zu Ausgaben von über 30 Milliarden Euro geführt, die  
51 teilweise auf die Ausweitung der Unterstützung zurückgehen (Einkommenshilfen  
52 wurden aufgestockt und der Arbeitgeberbeitrag übernommen). Es ist nicht gerecht,  
53 dass diese spezifischen Corona-Maßnahmen überproportional von niedrigen  
54 Einkommen gestemmt werden.

55 Auch darüber hinaus sind von den Auswirkungen der Krise Gering- und  
56 Durchschnittsverdiener, die häufig in Kurzarbeit oder ganz arbeitslos geworden  
57 sind, deutlich stärker betroffen als Besserverdienende und Vermögende, die  
58 zumeist lediglich ihren Arbeitsort verlegt haben. Das muss sich auch in der  
59 Frage der Lastenteilung von staatlichen Ausgaben widerspiegeln und wird somit zu  
60 einer Verteilungsfrage: Zur Bewältigung der Corona-Krise muss auch eine  
61 Verlagerung der hohen Steuer- und Abgabenlast von geringen und mittleren  
62 Einkommen hin zu Spitzeneinkommen, Erbschaften und Ressourcen gehören. Eine  
63 einmalige Vermögensabgabe kann ebenfalls ein zielführendes Instrument sein,  
64 damit die Corona-Pandemie die ohnehin große Ungleichheit in unserer Gesellschaft  
65 nicht noch verstärkt.

## 66 3. Effektive Überlebenshilfen für KMUs

67 Die unmittelbare Reaktion des Bundes und vieler Länder auf die Corona-bedingten  
68 Herausforderungen von KMUs war größtenteils angemessen: rasche und  
69 unbürokratische Kreditlinien zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen. Je  
70 länger die Corona-Krise jedoch andauert, desto weniger zielführend werden diese  
71 Art von KMU-Liquiditätshilfen, da die Gefahr der bilanziellen Überschuldung  
72 wächst.

73 Um eine Welle von Insolvenzen zu verhindern und Arbeitsplätze zu sichern, ist  
74 eine Umwandlung von notleidenden KMU-Krediten in stille Beteiligungen  
75 vorteilhaft. Eine Wandlung von Fremd- in KMU Eigenkapitalbeteiligungen müssen an  
76 Vereinbarungen über ein nachhaltiges Wirtschaften gekoppelt sein.

77 Falls KMUs auch nach dieser zweiten Chance die Insolvenz nicht abwenden können,  
78 wird der Staat einen Verlust machen. Zur fairen Finanzierung der Verluste sollte  
79 ein transparenter Fonds aufgebaut werden, der diese Verluste durch Aufschläge

80 auf Unternehmen- oder Vermögensteuern langfristig wieder kompensiert. In  
81 Frankreich gibt es bereits seit 25 Jahren eine vergleichbare Institution.

82 Für viele kleine Dienstleistungsbetriebe (z.B. Gastronomie, Bühnen, Friseure  
83 usw.) stellen behördlich angeordnete Schließungen eine besondere Herausforderung  
84 dar, weil Mietkosten für die Gewerberäume trotz zwangsweisen fehlenden Umsatzes  
85 weiterhin voll anfallen. Hier muss die Bundesregierung die Immobilienwirtschaft  
86 in die Pflicht nehmen.

#### 87 4. Kontrolle bei Aktiengesellschaften nutzen

88 In größeren Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, muss der Staat seine  
89 Verantwortung wahrnehmen. Stille Beteiligungen sind hier nicht sinnvoll. Der  
90 Staat geht als Kapitalgeber erhebliche Risiken ein. Deshalb dürfen Steuermittel  
91 nicht zur Stützung angeschlagener Konzerne verwendet werden, ohne den Schutz des  
92 Gemeinwohlinteresesses an oberste Stelle zu setzen. Stattdessen sollten diese  
93 Unternehmen nach ESG-Kriterien umgewandelt werden.

94 Steuervermeidungsstrategien müssen ebenso ausgeschlossen werden wie  
95 Aktienrückkäufe oder Dividendenzahlungen, solange die staatliche Beteiligung  
96 andauert. Für Managergehälter empfehlen sich Deckelungen. Eine verbindliche  
97 Verpflichtung zu klimafreundlicherem, sozial-ökologischem Wirtschaften mit  
98 nachprüfbarer Performance Indikatoren und Sanktionsmechanismen muss eine weitere  
99 Verpflichtung sein.

100 Im Hinblick auf Corporate Governance-Kriterien gehört eine Deckelung der  
101 Vorstands- und Aufsichtsratsentlohnungen, die Einführung und Umsetzung eines  
102 nachhaltigen Plans zur Förderung von Frauen in Führungspositionen und Stärkung  
103 der Mitbestimmung im Unternehmen.

#### 104 5. Funktionsfähigkeit von Kommunen sichern

105 Kommunen erbringen bei u.a. Gesundheits- und Mobilitätsinfrastruktur, Bildung  
106 und Kultur tagtäglich spürbare staatliche Leistung mit zentraler Rolle für die  
107 Bürger\*innen.

108 Maßnahmen des Bundes welche den Erhalt der kommunalen Tragfähigkeit zum Ziel  
109 haben, müssen daher sowohl alle Corona-bedingte Haushaltsmindereinnahmen  
110 (Steuermindereinnahmen wie auch Verluste bei den Kita-Beiträgen), als auch  
111 Mindereinnahmen der kommunalen Unternehmen in den Blick nehmen. Hinzu kommen  
112 Corona-bedingt Ausgabensteigerungen, bspw. bei den Sozialausgaben, Soforthilfen  
113 für Kulturschaffende, etc.

114 Da die Kommunen in der Regel ihre Schuldenbremse nicht wie der Bund  
115 konjunkturbedingt lockern können, sind klare Regelungen für zu Bundeshilfen für  
116 die Jahre 2021 und 2022 dringend erforderlich, um eine Haushaltsaufstellung ohne  
117 prozyklische Ausgabenkürzungen zu ermöglichen. Kommunale Träger organisieren  
118 dabei oft Pflege, Gesundheit und soziale Dienstleistungen deren Beschäftigte  
119 gerade in der Corona-Krise Großen geleistet haben aber gering entlohnt werden.  
120 Investitionen in Bildung und Gesundheit zahlen sich für das Gemeinwohl aus,  
121 motivierte und gerechte Bezahlung gehört dazu. Staatliche Unterfinanzierung<sup>[1]</sup>  
122 des Bildungssystems in Deutschland ist nicht weiter hinzunehmen. Staatliche

123 Einrichtungen des Gesundheitswesens können und sollten mit Qualitätsoffensiven,  
124 menschlichen Arbeitsbedingungen und Digitalisierung zu Zukunftsfähigkeit  
125 voranschreiten.

126 [\[1\]](#) Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Öffentliche Ausgaben für Bildung in %  
127 des BIP (03/2019), Öffentliche Ausgaben für Bildung in jeweiligen Preisen  
128 (09/2018)

129 Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)